

Antrag Nr. 05-O-02-0010

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Betreff:

Luftschadstoffe/Abgaswerte 1. Ring

Antragstext:

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Die Stadtverordnetenversammlung stellte fest, Stickoxide sind Reizgase und können Atemwegserkrankungen wie allergische Reaktionen auslösen. Feinstäube sind lungengängig, verkürzen bei Langzeitexposition die Lebenserwartung und können Krebs verursachen. Nach umweltmedizinischen Studien können Kfz-Abgasen 1 bis 2% der Todesfälle pro Jahr zugeordnet werden. Die Gesundheitsbelastungen durch verkehrsbedingte Luftschadstoffe müssen über die per EU-Recht geforderte und einklagbare Verpflichtung zur Grenzwerteinhaltung hinaus im Sinne einer vorsorge- und zukunftsorientierten Verkehrspolitik minimiert werden. Die in Wiesbaden seit Jahren festgestellten Grenzwertüberschreitungen bei Stickoxiden sowie die im Zuge der Grenzwertabsenkungen zu erwartenden Überschreitungen der zulässigen Konzentrationen bei Feinstäuben sind aus gesundheits-, umwelt- wie verkehrspolitischer Sicht nicht hinnehmbar.

Der Magistrat wird daher aufgefordert, zeitnah ein Bündel an Maßnahmen zur Verkehrsvermeidung, -lenkung, -steuerung sowie fahrzeugtechnische Verbesserungen umzusetzen, um die gesundheitlich besonders problematischen Stickoxide und Feinstaubkonzentrationen auf ein gesundheitsverträgliches Niveau unterhalb der Grenzwerte zu reduzieren (z.B. Nachtfahrverbot für Lkw, Verlagerung des Lkw-Verkehrs aus der Innenstadt, Ergänzung der in Wiesbaden eingesetzten Dieselbusse um Erdgaskomponenten, Neubeschaffung städtischer Fahrzeuge nur mit Rußpartikelfilter oder alternativ mit Erdgas-Ottomotor, im ÖPNV: Einführung der Pflicht von Rußpartikelfiltern ab 1.1.2005 bei Ausschreibungen).

Begründung:

Wiesbaden, 10. Januar 2005

Wild